

Lärmschutz per Gesamtkonzept

RESOLUTION Große Mehrheit im Kreistag

Von Hannelore Wiedemann

RHEINGAU. Der Güterzugverkehr auf der Strecke durch den Rheingau wächst – ebenso der Unmut derjenigen, die unter Lärm und Erschütterungen durch die Züge leiden, die im Abstand von sechs Minuten in hohem Tempo durch die Ortschaften donnern. In regelmäßigen Abständen verabschiedet der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises Resolutionen, mit denen die Verantwortlichen bei Bahn und Bundesverkehrsministerium zum Handeln bewogen werden sollen.

Kurzfristig Tempo 50

Die jüngste Resolution, die der Kreistag am Dienstag mit großer Mehrheit beschloss, stammt von der CDU und fordert die Umsetzung eines „Lärmschutz-Gesamtkonzeptes“. Kurzfristig soll demnach ein Tempolimit von 50 Stundenkilometern für nicht modernisierte Züge zwischen 22 und 6 Uhr gelten; ab 2015 sollen alte Waggons dann nachts gar nicht mehr durchs Rheintal fahren dürfen.

Um den Druck zur Modernisierung zu erhöhen, sollen außerdem die lärmabhängigen Trassenpreise, die seit Dezember gelten, kontinuierlich überprüft und erhöht werden. Lang-

fristig müsse der Rheingau durch den Ausbau bestehender Bahnstrecken sowie durch die Planung einer Alternativtrasse entlastet werden.

Die Umrüstung der Güterwagen auf leise Bremssysteme sei keine Utopie und koste pro Waggon rund 2000 Euro, erläuterte Peter Seyffardt den Antrag, der das Ergebnis einer Bahnlärm-Konferenz der CDU ist. Zudem müssten strengere Grenzwerte für Lärmimmissionen ab 2020 auch für bestehende Bahnstrecken festgeschrieben werden. Die Belastungen seien jedenfalls auf Dauer nicht hinnehmbar.

In dieser Bewertung waren sich alle ebenso einig wie in der Einsicht, dass das Problem nur in Berlin gelöst werden könne. Deshalb müsse der Kreistag ein „geschlossenes Signal“ senden, meinte Landrat Burkhard Albers, dürfe jedoch sein Gewicht in der Bundeshauptstadt „nicht überschätzen“.

Limit von 180 Zügen pro Tag

„Nichts als Absichtserklärungen“, während die Region „vor die Hunde“ gehe, polterte Michael Barth (FWG), selbst Anwohner der Bahnstrecke in Rüdesheim. Derzeit zähle man dort mehr als 220 Züge in 24 Stunden, sagte Barth und forderte per Änderungsantrag, die Resolution um die Forderung zu erweitern, die Zahl der Züge auf 180 pro Tag zu beschränken. Das sei schon „sehr üppig“, zumal sich die Vorbeifahrzeit der immer längeren Züge auf inzwischen fast eine Minute erhöht habe. Und die 7600 leisen Waggons würden wohl nur auf Teststrecken bei Politiker-Terminen eingesetzt, mutmaßte Barth sarkastisch.

Ingrid Reichbauer (Grüne) erinnerte an das Unglück mit entgleisten Waggons zwischen Lorch und Rüdesheim. Den glimpflich verlaufenen Unfall solle man als eine Art letzte Warnung auffassen und als Sofortmaßnahme ein Tempolimit einführen.

BRIEF DER BAHN

► Die Deutsche Bahn AG hat sich in einem Brief an den Walufer Bürgermeister Manfred Kohl **gegen ein Tempolimit für Züge** ausgesprochen.

► „Solche Geschwindigkeitsbeschränkungen und Einsatzverbote führen unweigerlich zu **Kostenerhöhungen**, die zu einer Verlagerung von Verkehr auf andere Verkehrsträger führen würden“. Gleichwohl sei die notwendige Lärmreduktion der Güterwagen „völlig unstrittig“.

► Aktuell seien **7600 leise Güterwagen** im Einsatz.